

Runder Tisch gegen Kinder- und Familienarmut (RTKA)
c/o Diakonisches Werk Bonn und Region
Kaiserstr. 125, 53113 Bonn

Brief per E-Mail an folgende Abgeordnete:

MdEP Alexandra Geese (Grüne)
MdEP Petra Kammerevert (SPD)
MdEP Moritz Körner (FDP)
MdEP Axel Voss (CDU)

sowie Brief per E-Mail an folgende Kandidat*innen:

Yasmin Zair (SPD)
Ronie Makhoul (SPD)
Karin Langer (Volt)
Michael To Vinh (FDP)

Bonn, den 16.04.2024

Offener Brief zur Europawahl 2024

Sehr geehrte Europaabgeordnete und Europawahl-Kandidierende,

der Runde Tisch gegen Kinder- und Familienarmut (RTKA) aus Bonn setzt sich seit 17 Jahren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene für die Stärkung von Kinderrechten ein. In dieser Hinsicht befassen wir uns auch mit der Situation von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, deren Lebenssituationen in vielerlei Hinsicht von den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in Deutschland und Europa beeinflusst werden. Daher wenden wir uns mit Blick auf die bevorstehende Europawahl 2024 mit einem eindringlichen Appell an Sie!

Wir fordern:

- menschenwürdige und faire Asylverfahren in ganz Europa unter besonderer Berücksichtigung vulnerabler Personengruppen, einschließlich Kindern und ihren Familien, die explizit aus den geplanten Grenzverfahren auszuschließen sind;
- einen effektiven Flüchtlingsschutz und damit keine Einstufung von Staaten als "sichere Drittstaaten", die nachweislich Menschenrechtsverletzungen begehen und/oder nicht die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben;
- den Schutz von Menschenleben an den EU-Grenzen, u.a. durch eine Abkehr von der Militarisierung der EU-Außengrenzen, die gezielte Unterbindung und Ahndung illegaler Pushbacks, ein unabhängiges Monitoring von Menschenrechtsverletzungen und die Wiederaufnahme staatlicher Seerettung;

- die Einhaltung aller in internationalen Abkommen verankerten Menschenrechte auch für geflüchtete Menschen, insbesondere die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Antifolterkonvention, und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Schon seit längerem ist eine starke Polarisierung der Gesellschaft und ein erschreckendes Erstarken rechter Parteien und rechtsradikaler Gesinnungen in Deutschland sowie in ganz Europa zu beobachten. Dabei schüren aber nicht nur Rechtsextreme Hass und Hetze gegen People of Colour, Menschen mit (post-)migrantischen Biografien, Zugehörige nichtchristlicher Religionen, queerer Lebensweisen und Identitäten sowie sozial Benachteiligte. Auch Politiker*innen demokratischer Parteien machen sich die Rhetorik der Spaltung zunutze. Dieses „Wir gegen die Anderen“ führt zu Ausgrenzung, stellt Menschenrechte und Vielfalt in Frage und untergräbt nicht zuletzt unsere Demokratie! Leider sind diese Tendenzen auch in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) zu verzeichnen.

Das vor kurzem in Kraft getretene Rückführungsverbesserungsgesetz ist ein fatales Signal. Die beschlossenen Änderungen führen zu einer weiteren Entrechtung und Entmenschlichung von Geflüchteten. Sie beschneiden das Recht auf Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht auf Privatsphäre. Die Einwände von zahlreichen Wohlfahrtsverbänden und Organisationenⁱ sowie von Rechtsprofessor*innen,ⁱⁱ dass die neuen Gesetze teilweise verfassungs- und europarechtlich bedenklich sind, wurden dabei ignoriert. Gerade im Bereich des Kinderschutzes sind wir alarmiert über die sich in den letzten Jahren zuspitzenden Lücken und Missstände in der Versorgung und Betreuung von begleiteten und unbegleiteten minderjährigen Kindern, welche von mehreren Organisationen angezeigt werden.ⁱⁱⁱ

In diese Politik der Ausgrenzung und Abschottung fügen sich auch die nun beschlossenen Neuregelungen über das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS). Sie leiten eine weitere de facto Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl ein und ermöglichen eine massenhafte Internierung von Menschen an den Außengrenzen sowie eine leichtere Abschiebung in vermeintlich „sichere Drittstaaten“ ohne inhaltliche Prüfung von Asylanträgen.^{iv} Die geplanten Grenzverfahren werden voraussichtlich zu einer Verschärfung der humanitären Situation an den EU-Außengrenzen führen. Das Deutsche Institut für Menschenrechte sieht in den Reformen eine „Abkehr von flüchtlingsrechtlichen Grundsätzen“ und fordert, dass Kinder und ihre Familien sowie andere vulnerable Schutzsuchende aus den Grenzverfahren herausgenommen werden.^v

Darüber hinaus können die weithin dokumentierte systematische Praxis illegaler Pushbacks an den und innerhalb der See- und Landesgrenzen in Europa sowie die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen schon lange nicht mehr ignoriert werden. Sie wurden bereits von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen,^{vi} den Vereinten Nationen^{vii} und dem Europarat^{viii} scharf verurteilt. Laut einer Studie des Kinderhilfswerks Terre des Hommes sind rechtswidrige Zurückschiebungen als auch Migrationshaft bei Kindern und Jugendlichen in mehreren EU Mitgliedstaaten (Ungarn, Griechenland, Bulgarien und Polen) weit verbreitete Praxis.^{ix} Auch die Europäische Agentur für die Grenz-

und Küstenwache (Frontex) ist in illegale Pushbacks verstrickt.^x Sie versuchte bereits in der Vergangenheit, Menschenrechtsverletzungen zu vertuschen^{xi} und erst kürzlich legte die EU Ombudsperson gravierende Unzulänglichkeiten in Seenotsituationen offen.^{xii} Zudem versuchen EU Mitgliedstaaten wie Italien gezielt, durch verschärfte Gesetze die zivile Seenotrettung zu verhindern, wodurch Menschen auf dem Mittelmeer, auch Kinder, sterben.^{xiii} Aber auch die deutsche Gesetzgebung birgt das Risiko der Kriminalisierung altruistischer Hilfe für Geflüchtete während der Flucht und explizit für unbegleitete Minderjährige bei der Einreise.^{xiv} Völkerrechtlich zwingende Rechtsnormen, wie das Gebot der Nichtzurückweisung (Non-Refoulement), universelle Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention sowie die UN-Kinderrechtskonvention drohen durch diese Praktiken weiter ausgehöhlt zu werden. Darüber hinaus wird die Rettung von Menschen durch zivile Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen in Europa zunehmend kriminalisiert.^{xv}

Wir weisen auf die schon zahlreich erfolgten Aufrufe und Appelle zivilgesellschaftlicher Organisationen und Wohlfahrtsverbände mit Blick auf die gesetzlichen Verschärfungen in Deutschland und Europa.^{xvi} Was im Auftrag Deutschlands und der EU geschieht, um das Schutzersuchen von fliehenden Menschen zu unterbinden, ist menschenverachtend, bricht internationales Recht, und ist nicht zuletzt mit den demokratischen Werten, auf denen unsere Gesellschaften fußen, unvereinbar!

Diesen Appell richten wir explizit an Sie: Machen Sie sich stark für eine Umkehr von der derzeitigen Politik der Menschenverachtung gegenüber Schutzsuchenden sowie von rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Ressentiments. Setzen Sie sich für eine Rückbesinnung auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der deutschen und europäischen Asyl- und Migrationspolitik ein! Auf EU-Ebene sehen wir vor allem das Europäische Parlament als Vertretung der Bürger*innen der EU, und damit auch Sie, in der Verantwortung!

Wir bitten Sie um eine baldige Rückmeldung und Stellungnahme Ihrerseits. Den Brief an Sie werden wir auf www.kinderarmut-bonn.de veröffentlichen. Wenn Sie zustimmen, würden wir gerne auch Ihre Stellungnahmen auf www.kinderarmut-bonn.de bekanntgeben.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Hamacher
Moderator

für den Runden Tisch gegen Kinder- und Familienarmut (RTKA) Bonn

ⁱ z.B. Stellungnahmen zum Referentenentwurf des [Paritätischen Gesamtverbandes](#), der [Diakonie Deutschland](#), des [AWO Bundesverbands e.V.](#), des [Deutschen Anwaltsvereins](#), des [Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V.](#), des [Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.](#), des [Deutschen Instituts für Menschenrechte](#) sowie von [PROASYL](#); [Amnesty International Deutschland](#), [Abschiebungsreporting NRW](#) und [medico international](#)

ⁱⁱ siehe [Kurzstellungnahme](#) von Prof. Dr. Epik (Universität Hamburg) und Prof. Dr. Schatz (Leuphana Universität Lüneburg).

ⁱⁱⁱ Der Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) e.V. hat bspw. in seiner [Stellungnahme](#) (Juni 2023) zum vom Bundesfamilienministerium vorgelegten Bericht zur Situation unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher die Unterbringung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen als weder rechtssicher noch Kindeswohlgerecht kritisiert. In ihrem gemeinsamen [Bericht zur Unterbringungen für minderjährige Geflüchtete](#) (August 2023) legen ECPAT Deutschland e.V. und der BumF e.V. ebenfalls Gefahren und Risiken von Massenunterkünften dar. UNICEF und das Deutsche Institut für Menschenrechte kamen in ihrer gemeinsamen [Studie zur Unterbringungssituation von Geflüchteten](#) (August 2023) ebenfalls zu dem Schluss, dass in Geflüchtetenunterkünften die Rechte von Kindern und Jugendlichen verletzt würden. Zudem haben im November 2023 der BumF e.V. zusammen mit anderen Organisationen [massive und Kindeswohlgefährdende Rechtsverletzungen](#) in der Unterbringung, Inobhutnahme und Unterstützung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen angeprangert.

^{iv} z.B. in autoritär regierten Staaten wie der Türkei, Libyen, Tunesien und Ägypten.

^v Statement vom [Deutschen Institut für Menschenrechte](#)

^{vi} z.B. [Border Violence Monitoring Network \(BMVN\)](#), [Danish Refugee Council](#), [European Center for Constitutional and Human Rights \(ECCHR\)](#), [European Council on Refugees and Exiles \(ECRE\)](#).

^{vii} Im Jahr 2019 kritisierte bspw. der [UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes](#) Spaniens Abschiebep Praxis von unbegleiteten Minderjährigen an der Landesgrenze zu Marokko (in Ceuta und Melilla). In 2021 kam das [Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte](#) (OHCHR) zu dem Schluss, dass Pushbacks weit verbreitet seien und in vielen Kontexten zu einem Routineelement der Grenzverwaltung geworden sind, auch in Europa. 2022 warnte der [Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen](#) (UNHCR) vor zunehmender Gewalt und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen.

^{viii} Im Jahr 2022 erklärte die [Menschenrechtskommissarin des Europarats](#), dass Pushbacks ein dringendes, gesamteuropäisches Menschenrechtsproblem darstellen. Im März 2024 unterstrich die [Menschenrechtskommissarin des Europarats](#) erneut, dass Pushbacks inzwischen mit alarmierender Regelmäßigkeit und Intensität vorkommen

^{ix} Bericht von [Terre des Hommes](#) (November 2023).

^x siehe z.B. [Blogpost von Keady-Tabbal, Niamh, Bachiller Lopez, Covadonga](#) (Juli 2021); [Artikel von Covadonga Bachiller Lopez](#) (2022).

^{xi} [OLAF-Bericht zu Frontex](#) (2021).

^{xii} [Europäische Ombudsstelle](#) (Februar 2024).

^{xiii} Im März 2024 berichtete die [Tagesschau](#), wie Italien zum vierten Mal innerhalb weniger Wochen ein Schiff von privaten Seenotrettern festsetzt. Laut mehreren [Nichtregierungsorganisationen](#), die an Such- und Rettungseinsätzen im zentralen Mittelmeer beteiligt sind, verhindern die seit Anfang 2023 verabschiedeten Gesetze der italienischen Regierung ihre Einsätze massiv. So schreibt ein Gesetz bspw. vor, dass zivile Rettungsschiffe nach einer Rettung sofort den ihnen zugewiesenen Hafen anlaufen müssen, wodurch sie gezwungen sind, andere Boote, die sich in der Nähe und in Seenot befinden, zu ignorieren.

^{xiv} siehe [Kurzstellungnahme](#) von Prof. Dr. Epik (Universität Hamburg) und Prof. Dr. Schatz (Leuphana Universität Lüneburg).

^{xv} siehe [Appell der Menschenrechtskommissarin des Europarats](#) (Februar 2024).

^{xvi} z.B. [Appell an die Bundesregierung von über 60 Organisationen zur GEAS Reform](#) (Juni 2023); [Stellungnahme von der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit NRW, BumF e.V., Aqisra e.V. und Projekt.Kollektiv](#) (November 2023); [Fünf-Punkte-Plan für eine funktionierende Asyl-, Aufnahme- und Integrationspolitik eines gemeinsamen Bündnisses zivilgesellschaftlicher Organisationen](#) (November 2023); [Brandbrief des Berliner Zentrums für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e. V.](#) (April 2024).